

Nein zur Bauspar-Initiative: Viel Aufwand, der nichts bringt.

Auf den ersten Blick sind Steuerabzüge reizvoll. Sie sind das einzige, was beim Ausfüllen der Steuererklärung Spass macht. Auf den zweiten Blick sind sie aber ein Übel. Der Bundesrat hat es einmal vorgerechnet: Würden alle existierenden Steuerabzüge abgeschafft, dann könnte der Steuertarif um einen Drittel gesenkt werden. Mit anderen Worten: Die Steuerabzüge für die einen erhöhen die Steuern für die andern.

Vor Jahren hatte die FDP genau deshalb eine 'Steuererklärung auf dem Bierdeckel' gefordert, ohne Abzüge also. Doch statt die Steuererklärung einfacher zu machen, kommen aus denselben Kreisen schon wieder neue, komplizierte Abzugsvorschläge: Bauspareinlagen sollen während 10 Jahren von der Vermögenssteuer und die auf dem Bausparkapital angewachsenen Zinsen von der Einkommenssteuer abgezogen werden können.

Die Initianten wollen damit den Anteil an Wohneigentum fördern. Gegen dieses Ziel ist wohl nichts einzuwenden. Aber die Initiativen tragen dazu nichts bei. Das zeigt eine Studie, über die am 16. März 2010, in der "NZZ" berichtet wurde. Untersucht wurde, ob die Wohneigentumsquote in Kantonen mit Bausparmodellen im Verhältnis stärker angestiegen ist. Das Ergebnis ist ernüchternd: Ein signifikanter Effekt konnte nicht nachgewiesen werden. Es stimmt zwar, dass im Kanton Basel-Landschaft seit der Einführung des Bauspar-Abzuges der Anteil am Wohneigentum gestiegen ist. Nur das selbe ist in zehn anderen Kantonen auch geschehen. Ohne Steuererleichterung.

Das kann auch nicht verwundern. Junge Familien, die sich keine eigenen vier Wände leisten können, scheitern nicht an den Steuern auf den Ersparnissen, sondern schlicht daran, dass sie zu wenig Ersparnisse haben. Wer gut verdient, hat diese Unterstützung nicht nötig, reibt sich ob der Steuerabzüge genüsslich die Hände. Wer hingegen wenig verdient, profitiert davon nichts. Der Bundesrat sagt es so: "Der Bausparabzug bevorzugt vor allem wohlhabende Schichten, die auch ohne Bausparen den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Eigentum ins Auge fassen." Ökonomen sprechen hier von einem Mitnahmeeffekt, der in diesem Fall sehr gross ist. Es werden viel Steuergelder mit sehr geringer Wirkung verschenkt.

Auch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren kann den Initiativen wenig abgewinnen. Kein Wunder: Deren Umsetzung würde zu erheblichen Steuerausfällen führen. Bei der Hauseigentümerversbands-Initiative wären es etwa 100 Millionen Franken pro Jahr für die Kantone und 36 Millionen für den Bund. Dafür hätten die Steuerbehörden einen beträchtlichen Mehraufwand zur Handhabe und Kontrolle der komplizierten Abzuges. Was geschieht, wenn jemand nach zehn Jahren Steuerabzügen trotzdem nicht baut?